

Seite 14
hat er die
utmann das
e fuchen.
sie will auch
a mit dem
n i f i s e n
I besetzt, sie
apfe, dieselbe
n geehrt und
die Medaillen
e in Sowjet-
oletiats, sie
hat, der an
n aber bricht
draußen zur
Diktatur des
anden wich,
id geprengt,
nossen. Die
liegt.
B.D.
B
ffen.
N.
Keine
wegen
rohuta)
g
rtrieb
keln
llen
r
eitung
foig.
sell-
dplatz,
r. A —
i. Sa.
e 5
brik

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gehr. Krenhold, Dresden
und Sächl. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn mit den wöchentlichen Be-
lagen „Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben
Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompareilzeile
30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für aus-
wärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen-
u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 212

Dresden, Mittwoch den 10. September 1924

35. Jahrg.

Das gefährliche Spiel

Keine Ueberreichung der Kriegsschuldnote? — Deutschnationales Drängen

Die Deutschnationalen geben sich frampfhast Mühe, das deutsche Volk in neue politische Schwierigkeiten zu stürzen. Trotzdem die deutsche Regierung von Genf her ausdrücklich davor gewarnt worden ist, ihre Erklärung über die Kriegsschuldfrage zu notifizieren, trotzdem alle Deutschland günstigen Kreise des Auslandes über das Vorhaben der deutschen Regierung geradezu entsetzt sind, bringen es die Deutschnationalen fertig, zu fordern, die Regierung solle ihre angebliche Verpflichtung, die Kriegsschuldfrage den andern Staaten jeterlich zu überreichen, recht bald erfüllen. Wenn die Reichsregierung sich wirklich zur Notifizierung der Note verpflichtet hätte, so würde das zeigen, wie gemein-sächlich heute schon der deutschnationalen Einfluss auf die Leitung der deutschen Staatsgeschäfte ist. In Deutschland wird es freilich kaum jemand geben, der die Richtigkeit des in Frage kommenden Artikels 231 des Versailler Vertrags anerkennt; denn dort heißt es:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und Völkern infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgetragen wurde, erlitten haben.“

Gerade wir Sozialisten wissen nur zu gut, daß die Interessengegenstände zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder den Boden bereiteten, aus dem der Weltkrieg erwachsen konnte, und wir wissen auch, daß es in allen großen Kriegen die Kriegsschuldfrage ist, die die Verhandlungen geschrieben worden. Aber wenn auch dabei festgelegt sein mag, daß Deutschland nicht allein am Kriege schuld ist, es bleibt für die früheren Herren Deutschlands noch immer genug übrig. Es bleibt eine schwere Schuld, daß sie einen so ausgesprochenen Mann wie Wilhelm II. jahrzehntelang schalten und walten ließen, und es bleibt eine schwere Schuld, daß Deutschland, als Oesterreich seine wahnsinnige Aktion gegen Serbien begann, die Oesterreicher nicht sofort zurückpiffte.

Eine praktische Bedeutung hat die Erörterung der Schuldfrage jetzt kaum für das deutsche Volk. Die Entente-staatsmänner suchten zwar die schweren Bedingungen, die sie Deutschland auferlegten, mit dem Hinweis auf die Schuld Deutschlands zu rechtfertigen, aber das war doch nur ein Vorwand. Derselbe brutal-militaristische Geist, den wir in Deutschland so reichlich zu bewundern Gelegenheit hatten, herrschte, was nach einem vier Jahre langen blutigen Kriege nur zu begreiflich ist, auch in den Ententestaaten. Sie waren die Sieger und sie haben rücksichtslos den Sieg ausgenutzt. Das sieht da bei den Festsetzungen der Friedensbedingungen aus, wie bei der selben Geist, der bei unsen Wilden und in der Vaterlandspartei der Rapp und Tschig sein Wesen trieb.

Auch ohne die Klausel über die deutsche Schuld wäre der Friedensvertrag wahrscheinlich für uns nicht milder ausgefallen. Wenn wir heute so weit sind, daß die Wiedergutmachungsfrage auch im Ententelager mit vernünftigeren Augen angesehen wird, so ist dies dem Umstande zu verdanken, daß die Folgen des Friedensvertrags für die ganze Weltwirtschaft so verhängnisvoll waren. Eine Tatsache, die auch in den Ententeländern sehr unangenehm empfunden wurde.

Eine vernünftige deutsche Politik muß jetzt darauf gerichtet sein, den Staatsmännern im andern Lager, die wie Herrit den Geist der Vernunft und Verständigung vertreten, ihre Aufgabe zu erleichtern. Wir dürfen den nationalistischen Gegnern der zur Verständigung bereiten Staatsmänner nicht in die Hände arbeiten. Will das deutsche Volk zu einem friedlichen Zusammenarbeiten mit seinen früheren Gegnern kommen, so muß es der Welt vor allen Dingen die Ueberzeugung beibringen, daß Junger, Generale und notionalistische Maulhelden keinen Einfluss auf die deutsche Politik mehr haben. Damit wird dem deutschen Volk mehr gedient sein, als durch irgendwelche Erklärungen über die Kriegsschuldfrage.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben eigentlich zur Genüge gezeigt, daß wir nichts Dummeres tun können, als bloße Prestige-Politik zu treiben. Der einzelne mag sich seiner „Ehre“ wegen, wenn es ihm paßt, den Schädel ein-schlagen lassen. Staatsmänner und Politiker aber, die für das Schicksal eines ganzen Volkes verantwortlich sind, haben vor allem danach zu fragen, wie sie ihr Land vor politischen Schwierigkeiten und ihre Volksgenossen vor neuen wirtschaftlichen Nöten schützen können. Aber was kommt es den verantwortungsvollen deutschnationalen Politikern darauf an? Ten Kreise, deren Verdorben sie sind, geht es auch dann aus, wenn um eine Verkleinerung unserer politischen Beziehungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten bringt. Die Herren Großhändler haben keine Not gelitten, als die Massen durch das Elend der Inflationsperiode aufs schlimmste ge-quält wurden.

Die Deutschnationalen haben begreiflicherweise eine Föllenangst davor, daß wir zu geordneten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen kommen, denn dann ist ihre Rolle ausgespielt. Sie konnten eine so große politische Macht nur erhalten, weil sie krepplos genutz waren, die Schuld für

das Elend des deutschen Volkes der neuen deutschen Republik auszuschieben. Und nur weil die Inflationszeit vielen unserer Mitbürgern das klare Urteil getrübt hatte, konnten sie, wie ihre nationalsozialistischen und kommunistischen Bundes-genossen, bei den letzten Wahlen gute Geschäfte machen.

Was dabei herauskommt, wenn es den herrschsüchtigen Deutschnationalen gelingt, Einfluss auf die Leitung der deutschen Politik zu erlangen, hat sich jetzt bei der Behandlung der Kriegsschuldfrage gezeigt. Von dieser Probe möchte eigent-lich das deutsche Volk genug haben. Was würde uns er-läutern, wenn der von den Derg- und Helfar-Deuten so heiß ersehnte Bürgerkrieg zur Wirklichkeit wird?

Der gegenwärtige Reichstag, den das deutsche Volk in einer unglücklichen Stunde gewählt hat, entspricht heute der Stimmung unres Volkes nicht mehr. General v. Deimling, der in einer Rede in Heidelberg bei der Gründung des Reichstages forderte, hatte nur zu recht, wenn er aus-sprach, es sei zu befürchten, daß der Reichstag bei allen Gelegenheiten, die zur Durchführung des Londoner Einkommens notwendig seien, immer wieder Schwierigkeiten machen würde. Nur zu leicht kann durch diesen Reichstag die für Deutschland günstige außenpolitische Entwicklung, die mit der Londoner Konferenz eingeleitet hat, unterbunden werden. Dieser Reichstag ist eine Gefahr für das deutsche Volk. Tausch fort mit ihm, je eher, desto besser!

Deutschnationale Frechheit

Die Frechheiten der deutschnationalen Parteileitung werden täglich größer. Diese Gesellschaft ist zwar blamabel bis auf die Knochen — aber Schamgefühl besitzt sie nicht. Neuerdings ist sie an die Regierung herangetreten, um zu hören, wann die Notifizierung der Kriegsschuldfrage erfolgen soll. Von deutschnationaler Seite wird über diesen Schritt ein Bericht veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Die Deutschnationale Volkspartei hat bisher der Er-wägung Rechnung getragen, daß aus technisch-diplomatischen Gründen eine sofortige Notifizierung dieselbe nicht möglich er-scheint und daß politische Erwägungen es angezeigt erscheinen lassen könnten, mit der Notifizierung zu warten, bis die Haupt-sächlichsten der Genfer Völkerbundung vorüber wären. Nach-dem diese beiden Gründe fortgefallen waren und die Notifizierung noch nicht erfolgte, ist die Parteileitung bei den zuständigen leitenden Stellen der Reichsregierung vorstellig geworden und hat um Aufführung erjucht, weshalb die Notifizierung bisher nicht

Völkerbund und Arbeiterschaft

Sch. Genf, 9. September. (Fig. Draht.)

In der Dienstag-Vormittagsung des Völkerbundes wurde die Debatte über den Bericht des Rates fortgesetzt. Graf Ayo an i sprach den Dank an den Völkerbund für seine tat-sächliche Hilfeleistung beim finanziellen Wiederaufbau Ungarns aus. Bei der Minoritätenfrage handelt es sich heute darum, ob die internationalen Verträge, die den Vätern der Völkerbunden mühen sollen, auch von den einzelnen Staaten ratifiziert werden. Leider ist das nicht der Fall. Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an den Streitfall zwischen Polen und Deutschland. Aus der Nichtratifizierung dieser Ver-träge komme ein gefährlicher und beunruhigender Zustand für die Minoritäten. Denn sie müssen zu dem Glauben kommen, daß ihre gerechten Ansprüche nicht beachtet werden. Der Völker-bundrat ist als Schlichter in einer lästigen Lage, da seine Mitglieder politische Rücksichten nehmen müssen und in unange-nehmen Streitfällen nicht gegen eine befreundete Macht ent-scheiden können, selbst wenn diese Macht im Unrecht ist. Wir fordern deshalb eine unmittelbare Wählweise für die Minoritäten, ihren Wünschen Ausdruck zu geben. Ungarns Regierung ist bereit, ein Abkommen abzuschließen, das alle Klagen der Minoritäten vor den Internationalen Gerichtshof bringt. Die Minoritätenfrage hat für Ungarn größte Bedeutung, denn wir haben in den abgetretenen Gebieten mehr als 800 000 un-garische Bürger an andre Staaten verloren.

Die Abrüstungsfrage ist für uns von grundsätzlicher Bedeutung. Wir sind durch den Vertrag von Trianon schon entwaffnet, während die andern Staaten alle unter Waffen stehen.

Die allgemeine Abrüstung muß verwirklicht werden.

Die kleinen Staaten können in ihren Lebensbedingungen von den Entscheidungen der Großmächte ab. Deshalb begehren wir den Londoner Vertrag und erhoffen eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Die Anerkennung des Schieds-gerichtsgedankens ist ein großer moralischer Erfolg und ein sicheres Mittel zum Weltfrieden.

Als letzter Redner spricht Arbeitsminister Henderson, England, der seine Bewunderung für die umfassende Arbeits-leitung des Völkerbundes ausdrückt. Er erwähnt dann die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes und die des Inter-nationalen Arbeitsamtes. Das Generalsekretariat des Arbeitsamtes habe bisher 128 Verträge registriert, davon allein 66 in den letzten 18 Monaten. Die englische Regierung habe bereits zwei Konventionen über Arbeitsfragen abgeschlossen, und drei neue Projekte, darunter ein sehr wichtiges über den Achtstundentag, dem Parlamente zur Ratifizierung vorge-

erlegt sei, und wann eine solche erwartet werden kann. Von der Reichsregierung ist daraufhin erklärt worden, daß sie ihre Verpflichtung, die Notifizierung vorzunehmen, anerkenne und entschlossen sei, ihr zu entsprechen. Angeichts gewisser zwischen-zeitlicher Vorfälle habe man sich aber entschlossen, zunächst die für Ende dieser Woche zu erwartende Rückkehr der leitenden Mitglieder des Reichskabinetts abzuwarten und abdann in einer sofort einberufenen Kabinettsitzung über den Termin der Notifizierung endgültig Bescheid zu fassen. Von der Deutsch-nationalen Volkspartei ist mit großem Ernste darauf hingewiesen worden, daß bei den Mitteilungen der Reichsregierung vor Be-lannggabe der Erklärung nie ein Zweifel darüber gelassen worden ist, daß die Belannggabe an die auswärtigen Mächte als bald nach Veröffentlichung der Note erfolgen werde. Eine Aufgabe dieses Standpunktes der Reichsregierung würde nach Ueberzeugung der Deutschnationalen Volkspartei im In- und Auslande als ein unverständliches Zeichen der Schwäche gedeutet werden und die mit der Erklärung verbundene Absicht in ihr Gegenteil verkehren. Die Deutschnationale Volkspartei erwartet demnach, daß der bevorstehende Kabinettsbescheid auf abschließende Notifizierung lauten werde.

Aus diesem deutschnationalen Bericht erfährt man also, daß die Regierung wider Erwarten ihrer Verpflich-tung, die Notifizierung vorzunehmen, entsprechen will. Wer ist in diesem Falle die Reichsregierung? Sind nicht Herr Marx und Herr Stresemann beurlaubt? Herr Jarres, der Vizekanzler, hat unfres Erachtens kein Recht, ohne Ueber-einstimmung mit den andern Kabinettsmitgliedern Erklä-rungen abzugeben, wie sie nach dem vorliegenden deut-sch-nationalen Bericht abgegeben worden sind. Oder hat auch Herr Marx erklärt, daß er bereit ist, eine ausgesprochene Dumme zu begehen und bewußt die außenpolitische Lage Deutschlands zu verschlechtern? Wenn das der Fall ist, gehört die ganze Reichsregierung vor den Staats-gerichtshof!

Japan und Italien greifen ein

Berlin, 9. September. Im Laufe des Vormittags er-schienen sowohl der japanische als auch der italienische Bot-schafter im Auswärtigen Amt und hatten mit Staatssekretär v. Malchow längere Unterredungen. Das Thema dieser Aus-sprache war das gleiche wie bei dem Schritt des französischen Bot-schafters am Sonnabend: Ein Hinweis auf die verhängnis-vollen Folgen, die die Notifizierung der deutschen Kriegsschuld-erklärung in diesem Augenblick haben würde.

Verschlebung bis zum Völkerbundsbeitritt

s. Paris, 10. September. (Fig. Draht.) Der Genfer Berichterstatter des Echo de Paris meldet seinem Blatte, daß Deutschland schon in den nächsten Tagen um seine Aufnahme in den Völkerbund bitten werde. Außerdem solle in der Kriegsschuldfrage vorläufig kein weiterer Schritt unternommen werden, bis Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei. Bei dieser Gelegenheit werde die ganze Frage angesetzt werden.

legt. Die Lage der Arbeiter sei durch die Bemühungen des Internationalen Arbeitsamtes wesentlich gebessert worden. Der Völkerbund müsse diese Aufgabe auch zu seiner eigenen machen, nur so gewinne er das Vertrauen der breiten Massen.

Könne der Völkerbund die Arbeitsbedingungen des schaffenden Volkes verbessern und die Arbeitslosigkeit mindern, so würden auch die großen Volkswaffen Verständnis und Achtung für seine Arbeit bekommen.

Eine enge Zusammenarbeit zwischen Völkerbund und Arbeits-amt würde ihre beiderseitige Autorität bedeutend erhöhen. — Henderson stellt deshalb den Antrag, daß der Völkerbunds-versammlung jedes Jahr ein Arbeitsbericht des Arbeitsamtes vor-gelegt wird. Das gleiche soll auch für den Internationalen Gerichtshof gelten. Henderson fährt dann fort: Viele Ar-beiter ärgern heute noch sich offen für den Völker-bund zu erklären, obwohl sie unsere Ideale des Friedens und der Gerechtigkeit billigen und obwohl sie die Abrüstung wünschen. Sie sind Parteigänger unfres Programms, aber sie halten sich außerhalb des Völkerbundes und sind stumm. Das ist das Gefühl einer großen Zahl Arbeiter in vielen Ländern. Wir können sie für uns gewinnen und sie zu begeisterten Mitarbei-tern am Völkerbund machen, wenn wir die wichtigen Entschlei-dungen treffen und wenn wir die großen Länder in den Völkerbund aufnehmen, die noch nicht dort vertreten sind. Die Gründer des Völkerbundes haben sehr recht gehabt, als sie erklärten, daß

eine internationale Gerechtigkeit und die Besserung der Ar-beitsverhältnisse die wesentlichsten Bedingungen für einen dauernden Frieden wären.

Nach weiß, daß fünf Jahre eine verhältnismäßig kurze Zeit-spanne sind, um ein so großes Programm zu verwirklichen. Zahl-reiche Schwierigkeiten und Enttäuschungen sind immer die Ge-leiterscheinungen bei der Schaffung einer neuen Organisation, deren Stärke und Einfluß zum großen Teile von der Günter der öffentlichen Meinung abhängen. Aber es scheint mir, daß der Völkerbund der Zukunft mit vollem Vertrauen und Hoff-nung entgegensehen kann, wenn er wirklich den Frieden in der Welt sichert. Er darf auch nicht eine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um die wirtschaftliche Lage aller Völker zu erheben und das Wohlergehen der Völker zu verbessern. (Lang-anhaltender allgemeiner Beifall.)

In der Nachmittagsung erobigte der Völker-bundrat eine umfangreiche Tagesordnung. Spanien, Argentinien, gab einen Ueberblick über das Dispositiv des Völker-bundes für russische und armenische Flüchtlinge. Als Auf-